



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/87 - 16.4.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Aus der Schule geplaudert	S. 1
Eine Konferenz-Lewine wird vorbereitet	S. 3
Unstrittiger S.Mai	S. 5

Verwirrung um die Gewerkschaftsspalter

F.B. Fünf verschiedene Versionen liefen kürzlich an einem Tage über die Nachrichten-Agenturen zur Gründung sogenannter "Christlicher Gewerkschaften" um. Es begann mit einer Meldung der katholischen Wochenzeitung "Michael", die berichtete, dass noch im Laufe des Monats Mai neue "Christliche Gewerkschaften" gegründet werden sollen. Die Zeitung wußte auch von einer Konferenz der Landes- und Bezirkssekretariate der KAB (Katholische Arbeiterbewegung) zu berichten, die diesen Schritt vorher beschlossen hätte. Als Initiatoren nannte "Michael" den Landtagspräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Josef Sockeln, und die CDU-Abgeordneten Ewen und Winkelheide und als Motiv wurde angegeben, dass die Bundesregierung zu konstruktiver Zusammenarbeit auch "Christliche Gewerkschaften" benötige.

Das Dementi folgte auf dem Fuß. Die KAB erklärte, dass weder die Nachricht über die Gründung von "Christlichen Gewerkschaften" den Tatsachen entspreche, noch eine Konferenz der Diözesan- und Bezirkssekretariate der KAB stattgefunden habe. Genau 30 Minuten vorher aber hatte schon in Bonn der Bundestagsabgeordnete Ewen erklärt, dass eine alljährliche Sitzung der Bezirkssekretariate der Katholischen Arbeiterbewegung stattgefunden habe und selbstverständlich sei auch die Frage der Gründung Christlicher Gewerkschaften erörtert worden. Zu allem Überflaß ließ sich auch noch die sogenannte

16.4.1955

Arbeitsgemeinschaft christlich-sozialer Gewerkschaftler im Deutschen Gewerkschaftsbund vernehmen, die scharfe Angriffe gegen den DGB führte und eine sogenannte pluralistische Einheit der Gewerkschafter forderte.

Tatsache scheint zu sein, dass Ewen und Gerossen mit aller Vehemenz dabei sind, eine Spalter-Organisation auf die Beine zu stellen. Man spricht von 8 Millionen DM, die der Internationale Bund Christlicher Gewerkschaften dafür zur Verfügung stellen will, der dem vatikanischen Staatssekretär Kardini nahesteht. Und man berichtet von einem "empfehlenden Wort" der deutschen Bischöfe, das in Kürze erfolgen soll.

Dabei sollten die kläglichen Mißerfolge der Betriebsaktion Rhein-Ruhr des CDU-Bundestagsabgeordneten Winkelheide schrecken, der ganze 558 Stimmen erzielte, während auf den DGB bei den Betriebsrätewahlen im Bergbau 438.022 Stimmen entfielen. Der Erfolg war denn auch, dass Winkelheide verkünden mußte, die Betriebsaktion Rhein-Ruhr habe ihre Tätigkeit beendet. Wie der sprichwörtliche Fuchs, dem die Trauben zu hoch hängen, erklärte ein Sprecher dieses Kreises dann auch, es habe sich vor vornherein um eine "Maßnahme auf Zeit" gehandelt. Das dürfte auch die CDU-Sozialausschüsse veranlasst haben, sich gegen diese "Gründertätigkeit" zu wenden.

Trotzdem sollte man die jetzt laufenden Aktionen nicht unterschätzen. Diese Kreise haben den festen Willen, die Gewerkschaften zu spalten, und selbst wenn einer solchen Aktion, was mit Sicherheit vorauszusagen ist, ein größerer Erfolg versagt bleibt, ist allein die Tatsache einer Splittergewerkschaft ein Symptom, das ernst genommen werden sollte.

Dabei ist die Einheit der Gewerkschaften gerade jetzt nötiger denn je. Man braucht dabei nur an die Rede des Bundesverkehrsministers Dr. Seehofer am 12. April in Osnabrück zu denken, der die Gewerkschaften verleumdete und in diesem Zusammenhang meinte, die Aufstellung einer Wehrmacht sei "nicht nur unter außenpolitischen Aspekten, sondern auch aus Gründen der Innenpolitik notwendig, da ein Staat ohne Wehrmacht allen Kräften im Staat ausgeliefert ist".

Die Drohung gegenüber freien Organisationen der arbeitenden Menschen mit dem Kommissstiefel ist offenbar. Wenn wir auch nicht glauben, dass Seehofer in dieser Frage für die Bundesregierung, ja selbst für die Mehrheit der Koalitionsparteien sprechen kann, wer gibt die Gewähr dafür, dass in einiger Zeit Leute seines Denkens nicht die Mehrheit haben? Und ein zersplitterter Haufen zertritt sich immer leichter, als ein festgefügtter Block von Menschen einheitlichen Willens.

16.4.1955

Die Saarfrage als Ausgangspunkt

J.K., Paris

Am 29. April werden sich Frankreichs Außenminister Antoine Pinay und Bundeskanzler Adenauer in Bad Godesberg, am Sitz der französischen Hochkommission, treffen. Diese Zusammenkunft stellt die Overtüre zu einer Reihe internationaler Konferenzen und Beratungen dar, die alle wiederum davon abhängen, ob die Herren Adenauer und Pinay sich über etliche mit den Pariser Verträgen zusammenhängende Fragen einigen werden.

Mehrfach hat Frankreich erklärt, es werde die ja nun schon geraume Zeit vom Parlament ratifizierten Pariser Verträge erst hinterlegen- und damit vollgültig machen- wenn alle zwischen Bonn und Paris schwebenden Saarfragen gelöst sind, vor allen auch die über die Zukunft der Röchling-Werke in Saarland. Diese Einigung müßte jedoch in verhältnismäßig kurzer Zeit erreicht werden, denn bereits im Mai soll in Paris die Konferenz des Atlantik-Rates (NATO) stattfinden, auf der zwei Hauptthemen teils direkt, teil indirekt behandelt werden: Erstens die mit der Aufnahme der Bundesrepublik in der NATO verbundenen Fragen, und zweitens die mit dem Wunsche nach einer Ost-West-Konferenz verbundenen Probleme.

Sind die Pariser Verträge bis dahin nicht hinterlegt, so kann der Atlantik-Rat sich praktisch mit keinem der beiden Themen befassen. Mit anderen Worten, die Konferenz müßte abgeblasen werden, und dies entspricht keinesfalls den Wünschen Frankreichs. Mehrfach haben sowohl Ministerpräsident Edgar Faure wie Außenminister Pinay dargelegt, dass sie den tiefsten Sinn der Pariser Verträge in der Möglichkeit sehen, nun endlich zu entscheidenden Gesprächen mit Moskau zu kommen. Andererseits hat der amerikanische Außenminister John Foster Dulles erklärt, selbst eine Experten-Konferenz zur Vorbereitung einer Viernächte-Konferenz mit Moskau könne erst stattfinden, wenn die Pariser Verträge von allen Beteiligten nicht nur ratifiziert, sondern auch hinterlegt sind.

Außer der NATO-Konferenz jedoch soll im Mai, ebenfalls in Paris,

auch eine französisch-amerikanische Beratung über die Lage in Indochina stattfinden. Direkt haben die dort zur Behandlung stehenden Fragen nichts mit den Pariser Verträgen zu tun. Nun weicht aber bisher die amerikanische Auffassung über die künftige Indochina-Politik von der französischen in vielen Punkten ab, und wenn zu dieser leichten Verstimmung noch eine weitere käme, dadurch hervorgerufen, dass, im Gegensatz zu den amerikanischen Hoffnungen, die Hinterlegung der Pariser Verträge sich verzögert, so würde dies auf die Indochina-Verhandlungen sehr wahrscheinlich einen recht dunklen Schatten werfen.

So stehen sehr verschiedene, aber gleichmäßig wichtige Entscheidungen auf dem Spiel. Dabei hängt die -wenigstens vorläufige - Entscheidung von einer Sache ab, die der Mehrzahl der Amerikaner durchaus nicht sehr wichtig erscheint - nämlich von der Regelung der Saarprobleme. Nun mag es schon zutreffen, dass Nationen, die politisch in riesigen Räumen denken, etwa für Amerikaner, Russen, Chinesen und Indier, der Streit um die Saar kleinlich erscheint. Den direkt Beteiligten aber erscheint er wichtig, und das ist, wie die Dinge nun einmal liegen, das im Augenblick Entscheidende.

Keine der beiden direkt interessierten Parteien, weder die deutsche, noch die französische, kann es sich jedoch leisten, die Saarfragen als Bagatellen achtlos zur Seite zu schieben. Sie könnten es auch dann nicht, wenn es kein in Karlsruhe anhängiges Verfahren gäbe. Denn das Wunderliche ist ja, dass der Karlsruher Kläger -die SPD- zwar in der Saarfrage einen dem französischen völlig entgegengesetzten Standpunkt einnimmt, dass er jedoch hinsichtlich der Notwendigkeit, schnellstens zu Verhandlungen mit Moskau zu gelangen, mit den französischen Ideen übereinstimmt.

Sollte es in Bad-Godesberg nicht zu vollen Übereinstimmungen kommen, so bleibt noch eine weitere Gelegenheit zu klärender Aussprache. Am 2. Mai findet in Luxemburg die Konferenz der Montan-Union-Staaten statt, an der vermutlich sowohl Dr. Adenauer wie der französische Außenminister teilnehmen; diese Reihenfolge bietet demnach noch eine zweitägige "Bedenkzeit". Es sind also noch einige Würden zu überspringen, bevor die Konferenz-Lawine ins Rollen kommen kann. Dass dies geschieht, hängt demnach von der Regelung einer Frage ab, die den Großen winzig klein erscheinen mag - nämlich von der Regelung der Saarprobleme.

Unter falschem Vorzeichen

sp. Höhe und höchste Stellen in Bonn haben die Absicht, den 8. Mai, den Tag des Kriegsendes, jetzt zum Tag der "deutschen Souveränität" zu erklären. Damit soll das Inkrafttreten des Pariser Vertragswerks feierlich begangen werden, obwohl heute noch nicht ersichtlich ist, wann die Hinterlegung der Vertragsurkunden erfolgen wird. Frankreich zeigt keine sonderliche Eile, es möchte noch, bevor es der Bundesrepublik seinerseits die wahrhaft bescheidene "Souveränität" gewährt, in punkte Saar ganz sicher gehen. Sein Appetit auf die Hermann Röchling-Werke wuchs gerade in diesen Tagen und bevor dieser nicht gestillt ist, dürfte es mit seiner Unterschrift noch eine gute Weile haben.

Selbst innerhalb der Regierungskoalition hat der Plan, ausgerechnet dem 8. Mai, dem Tag, an dem die schändlichste Epoche deutscher Geschichte ruhmlos zu Ende ging, den Rang eines nationalen Feiertages zu verleihen, Kopfschütteln, Widerspruch, ja selbst ein Gefühl der Scham ausgelöst. Sind die Verträge, wirklich ^{ein wirksames} Instrument für die deutsche Wiedervereinigung, oder sind sie nicht vielmehr ein Hindernis für die Erreichung des höchsten und dringendsten Zieles jedweder deutschen Politik? Auch Dr. Dehler befielen schon kräftige Zweifel, als er sagte, die Zukunft müsse ja erst erweisen, ob die Verträge die nationale Unabhängigkeit brächten. Ein Vertrag, dessen Wert nicht erwiesen, ja der nach Ansicht nicht nur der Opposition, schädlich und gefährlich für die deutsche Zukunftsentwicklung ist, soll Anlass eines nationalen Feiertages sein?

Schon die Vorstellung, dass solche Absichten bestehen, ist bedrückend. Was soll damit bezweckt werden? Am 8. Mai 1945 übernahmen die Sieger des zweiten Weltkrieges die totale Verantwortung für Deutschland. Deutschland wurde als völkerrechtliches Subjekt ausgelöscht. Jede Besatzungsmacht etablierte sich in ihrer Zone. Damit wurde der Grundstein gelegt für die heutige Spaltung. Gewiss hat sich im Verhältnis des deutschen Volkes zum Westen vieles gewandelt, Demontagen, Re-education, Produktionsbeschränkungen, Willkürmassnahmen und andere gehören der Vergangenheit an, doch die Grundlage der Besatzung und die Teilung unseres Landes blieben unangetastet. Der Westen Deutschlands entwickelte sich im Klima des Kalten Krieges zu einem Naturschutzpark, in dem für gewisse Schichten Milch und Honig fließen.

Aber um welchen Preis? Allzu oft werden, wenn man an Taten und nicht nur an Worte denkt, jene 18 Millionen Deutsche vergessen, die

heute, 10 Jahre nach dem Zusammenbruch, die schwerste Last der Erbschaft des Dritten Reiches, der Erbschaft des Hitlerkrieges zu tragen haben. Kein Teil eines Volkes kann souverän sein, wenn dem ganzen Volke Souveränität, die Freiheit, über sein eigenes Schicksal zu bestimmen, verweigert wird. Diese einfache Wahrheit wurde vergessen! Sonner hohe Stellen wollen den Westdeutschen zumuten, einen Tag zum Feiertag zu erheben, der mehr als jeder andere für uns Anlass zu Einkehr und Selbstbesinnung sein sollte.

Es mag genügend bundesrepublikanische Politiker geben - wo sie zu suchen sind, bedarf keiner besonderen Phantasie - die im Schatten der von den Westalliierten gewährten und mit westdeutschen Divisionen bezahlten "Souveränität" sich häuslich und recht souverän einzurichten gedenken, ohne Gewissenskrupel wegen der Saar und den 18 Millionen jenseits des Eisernen Vorhangs. Sie sehen in der Bundesrepublik einen Endzweck, ein Deutschland gibt es für sie nicht, sie haben es abgeschrieben. Sie bauen jedoch auf schwankendem Grund. Im Sichabfinden mit dem, was heute ist und morgen nicht mehr sein wird, liegt keine Zukunft. Den 8. Mai, im Zusammenhang mit den Pariser Verträgen, zum Feiertag proklamieren, können nur jene wollen, die mit dem zufrieden sind, was wir heute haben. Und diese Zufriedenheit schliesst die Preisgabe eines Drittels unseres Volkes ein...

+ - -
"Der letzte Akt"

rt. Die Wiener Manager haben sich sehr bemüht, ihren Hitlerfilm rechtzeitig zur 10. Wiederkehr jenes Zeitabschnittes in die Lichtspieltheater zu bringen, dessen Tonor und Inhalt auch als Filmtitel verwendet wurden: "Der letzte Akt".

Die vielfältige Propaganda, die dem Wiener Film seit Wochen vorausgeeilt ist, hat mißtrauisch gemacht und, wie sich nun zeigt, mit Recht. Diese Wiener Version der letzten Tage Hitlers ist, möge sie in den tatsächlichen Vorgängen auch noch so treu sein, nicht die swingende filmische Aussage, die das deutsche Publikum mit letztem Ernst anpackt und es verpflichten würde, auch von sich aus alles zu tun, um schon die Anfänge zu irgend einem Neuaufleben nationalsozialistischer Vorstellungen unmöglich zu machen. Nur dann, wenn dieses Ziel erreicht wird, hätte der Hitlerfilm seine Aufgabe erfüllt. Davon kann bei dem Wiener Versuch keine Rede sein, auch wenn er in einigen ausgezeichneten Einzeldarstellungen, in vielen erregenden Szenen und im Technischen gewiss gut geraten ist. Diese Tatsache und der unbestreitbare gute Wille reichen aber nicht aus, um aus dem "Letzten Akt" den Film zu machen, der dem Stoff und der Aufgabe entspricht: Mahnung und Warnung zu sein, Warnung, dass es wirklich und für immer der letzte Akt gewesen sein muss.

+ + +

 Verantwortlich: Peter Raunau